

Amtsblatt

für den Kreis Paderborn

zugleich satzungsmäßiges Verkündungsorgan der Stadt Bad Wünnenberg

77. Jahrgang

01. Dezember 2020

Nr. 79 / S. 1

Inhaltsübersicht:	Seite:
465/2020 Öffentliche Bekanntmachung des Kreises Paderborn – Gesundheitsamt – über die Allgemeinverfügung zur Absonderung in häusliche Quarantäne zum Schutz der Bevölkerung vor der Verbreitung des Coronavirus; Paderborn, KiTa Fontane, Gruppe Grün	2 - 5
466/2020 Öffentliche Bekanntmachung des Kreises Paderborn – Gesundheitsamt – über die Allgemeinverfügung zur Absonderung in häusliche Quarantäne zum Schutz der Bevölkerung vor der Verbreitung des Coronavirus; Paderborn, Edith-Stein-Berufskolleg des Erzbistums Paderborn, Klasse KP-21 sowie Personen des Nachschreibetermins in der Mensa vom 28.11.2020	6 - 9
467/2020 Öffentliche Bekanntmachung des Kreises Paderborn – Gesundheitsamt – über die Allgemeinverfügung zur Absonderung in häusliche Quarantäne zum Schutz der Bevölkerung vor der Verbreitung des Coronavirus; Bad Lippspringe, Concordiaschule Bad Lippspringe, Klasse 4C	10 - 13
468/2020 Öffentliche Bekanntmachung des Kreises Paderborn – Gesundheitsamt – über die Allgemeinverfügung zur Absonderung in häusliche Quarantäne zum Schutz der Bevölkerung vor der Verbreitung des Coronavirus; Paderborn, Berufskolleg Schloß Neuhaus, Klasse, Kurs HB 19a, „Praktische Philosophie“, Klasse HO 19a	14 - 17

465/2020

**Allgemeinverfügung
des Kreises Paderborn
zur Absonderung in häusliche Quarantäne
zum Schutz der Bevölkerung des Kreises Paderborn vor der Verbreitung des Coronavirus
SARS- CoV- 2**

gegenüber

den Kindern sowie dem Betreuungspersonal der Gruppe „Grün“ der Einrichtung KiTa Fontane, Fontanestraße 2, 33100 Paderborn

Gemäß § 28 Abs. 1 Satz 1, 30 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz – IfSG) vom 20.07.2000 (BGBl. I S. 1045), § 3 Abs. 3 Nr. 1 des Gesetzes zur Regelung besonderer Handlungsbefugnisse im Rahmen einer epidemischen Lage von nationaler oder landesweiter Tragweite und zur Festlegung der Zuständigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz (Infektionsschutz- und Befugnisgesetz –IfSBG-NRW) vom 14.04.2020 (GV. NRW. S. 218b) sowie § 35 Satz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW) vom 12.11.1999 (GV. NRW S. 602) - jeweils in der z.Zt. gültigen Fassung – erlässt der Kreis Paderborn folgende

Allgemeinverfügung

I.

Alle Kinder sowie das Betreuungspersonal der Gruppe „Grün“ der Einrichtung KiTa Fontane, Fontanestraße 2, 33100 Paderborn, die im Zeitraum vom 27.11.2020 bis zum 30.11.2020 die Einrichtung besucht haben, haben sich unverzüglich bis einschließlich 14.12.2020, 24.00 Uhr, in häusliche Absonderung zu begeben.

II.

Die unter Ziffer I. genannten Personen dürfen ihre Wohnung ohne ausdrückliche Zustimmung des Gesundheitsamtes des Kreises Paderborn während dieser Zeit nicht verlassen. Den betroffenen Personen wird außerdem untersagt, während dieser Zeit Besuch von Personen zu empfangen, die nicht ihrem Haushalt angehören.

Sollte ein Kontakt mit anderen Personen zwingend notwendig werden, so ist dies vorab mit dem Gesundheitsamt des Kreises Paderborn abzustimmen.

III.

Die unter Ziffer I. genannten Personen sind ferner verpflichtet, das Gesundheitsamt des Kreises Paderborn unverzüglich zu kontaktieren, wenn typische Symptome einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 wie Husten, Fieber, Schnupfen oder Verlust des Geruchs- und Geschmackssinns innerhalb der Zeit der Absonderung bei ihnen auftreten.

**Amtsblatt
für den Kreis Paderborn**

77. Jahrgang

01. Dezember

Nr. 79 / S. 3

IV.

Die Anordnungen zu den Ziffern I.-III. gelten nicht für Personen, die durchgängig eine Maske getragen haben, die dem Standard einer FFP2-Maske entspricht. Ebenfalls ausgenommen sind Personen, die bereits an einem durch Labordiagnostik nachgewiesenen Coronavirus SARS- CoV- 2 erkrankt waren.

V.

Diese Allgemeinverfügung ist aufgrund von § 80 Abs. 2 Nr. 3 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vom 19.03.1991 (BGBl. I S. 686) in der jeweils gültigen Fassung i.V.m. §§ 28 Abs. 3, 16 Abs. 8 IfSG sofort vollziehbar.

VI.

Zu widerhandlungen gegen diese Anordnung stellen eine Ordnungswidrigkeit gemäß § 73 Abs. 1a Nr. 6 IfSG dar, die mit einer Geldbuße geahndet werden kann.

VII.

Diese Allgemeinverfügung gilt gemäß § 41 Abs. 4 S. 3 und 4 VwVfG NRW einen Tag nach der Bekanntmachung als bekannt gegeben. Die Bekanntgabe erfolgt durch die Veröffentlichung im Amtsblatt des Kreises Paderborn.

Begründung

Zu I – III:

Diese Allgemeinverfügung dient dem Zwecke, die Ausbreitung des Coronavirus SARS- CoV- 2 einzudämmen.

Die Anordnung der häuslichen Absonderung /Quarantäne ergeht auf Grundlage der §§ 28 Abs. 1 Satz 1, 30 Abs. 1 Satz 2 IfSG in Verbindung mit den §§ 1 Abs. 1 und 3 Abs. 3 Nummer 1 des IfSBG NRW.

Gemäß § 28 Abs. 1 Satz 1 IfSG trifft die zuständige Behörde die notwendigen Schutzmaßnahmen, wenn Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige oder Ausscheider festgestellt werden, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich ist. Sie kann insbesondere Personen verpflichten, den Ort, an dem sie sich befinden, nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen zu verlassen oder von ihr bestimmte Orte oder öffentliche Orte nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen zu betreten.

Gemäß § 30 Abs. 1 Satz 2 IfSG kann bei Kranken, Krankheitsverdächtigen, Ansteckungsverdächtigen und Ausscheidern angeordnet werden, dass sie in geeigneter Weise abgesondert werden, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung der übertragbaren Krankheit notwendig ist.

Zuständige Behörde ist gemäß § 28 Abs. 1 IfSG i. V. m. § 3 Abs. 3 Nr. 1 IfSBG NRW das Gesundheitsamt des Kreises Paderborn, da ein sofortiges Tätigwerden aus Gründen der unmittelbaren Gefahrenabwehr geboten ist.

Die Kinder sowie das Betreuungspersonal der Gruppe „Grün“ der Einrichtung KiTa Fontane, Fontanestraße 2, 33100 Paderborn sind ansteckungsverdächtig im Sinne des § 2 Nr. 7 IfSG. Hierzu zählen Personen, von denen anzunehmen ist, dass sie Krankheitserreger aufgenommen haben, ohne krank, krankheitsverdächtig oder Ausscheider zu sein.

Die durch das Corona-Virus SARS-COV-2 hervorgerufenen Erkrankung ist unzweifelhaft eine übertragbare Krankheit im Sinne des § 2 Nr. 3 IfSG. Das Virus ist hochansteckend und kann durch Tröpfcheninfektion, durch die Ausscheidung von Viren in der Atemluft (Aerosole) und durch eine Schmierinfektion (auf Gegenständen) von Mensch zu Mensch übertragen werden.

Eine Aufnahme von Krankheitserregern ist anzunehmen, wenn mit hinreichender Wahrscheinlichkeit Kontakt zu einer infizierten Person oder einem infizierten Gegenstand bestand. Im Interesse eines wirksamen Infektionsschutzes sind dabei an die erforderliche Wahrscheinlichkeit nach allgemeinen Grundsätzen im Gefahrenabwehrrecht umso geringere Anforderungen zu stellen, je höher und folgenreicher der möglicherweise entstehende Schaden ist. Daher kann im Fall eines hochansteckenden Krankheitserregers, der bei einer Infektion zu einer tödlich verlaufenden Erkrankung führen kann, gegen die eine wirksame medikamentöse Therapie nicht zur Verfügung steht, auch eine vergleichsweise geringe Übertragungswahrscheinlichkeit genügen (vgl. BVerwG, Urteil vom 22.03.2012 - 3 C 16/11).

Eine Betreuerin „Grün“ der Einrichtung KiTa Fontane, Fontanestraße 2, 33100 Paderborn ist am 29.11.2020 positiv auf das Coronavirus SARS-CoV 2 getestet worden. Die Betroffenen haben sich im infektiösen Zeitintervall über einen längeren Zeitraum mit der infizierten Person in einem Klassenraum befunden. Nach den Informationen des Robert-Koch-Institutes beginnt das infektiöse Zeitintervall zwei Tage vor Symptombeginn. Der letzte Einrichtungsbesuch der Indexperson erfolgte am 30.11.2020.

Die Kontaktsituation im Einzelnen ist schwer zu überblicken, etwaige Abstandsregelungen sind schwer zu kontrollieren. Darüber hinaus kann das Ausgesetztsein einer Einzelperson zu im Raum möglicherweise schwebenden infektiösen Partikeln auch durch etwaige Alltagsmasken kaum gemindert werden, da die Aerosole an der Maske vorbei eingeatmet werden.

Die vorgenannten Betroffenen sind aufgrund der aktuellen RKI-Empfehlungen - vgl. RKI, Kontaktpersonennachverfolgung bei Infektionen durch SARS-CoV-2, Stand 16.11.2020 – optional als „Kontaktperson der Kategorie I“ mit einem höheren Infektionsrisiko einzustufen.

Das RKI ist in § 4 IfSG als die Stelle benannt, die die wissenschaftlichen Grundlagen für Entscheidungen des Gesetzgebers und der Exekutive im Bereich des Infektionsschutzes, insbesondere bei der Verhinderung einer Weiterverbreitung übertragbarer Erkrankungen, liefert. Seinen Empfehlungen kommt daher bei der Auswahl angezeigter Schutzmaßnahmen maßgebliche Bedeutung zu.

Für Kontaktpersonen der Kategorie I mit höherem Infektionsrisiko empfiehlt es die häusliche Absonderung bei gleichzeitiger zeitlicher und räumlicher Trennung von anderen Haushaltsmitgliedern.

Die Absonderungsanordnung ist auch verhältnismäßig.

An der Eignung der Quarantäne eine Weiterverbreitung der Infektion einzudämmen, besteht kein Zweifel.

Es sind keine milderen Mittel verfügbar, die sich eindeutig als gleich geeignet erweisen. Insbesondere stellt das RKI klar, dass negative Testergebnisse einer Kontaktperson der Kategorie I das Gesundheitsmonitoring nicht ersetzt und die Quarantänezeit nicht verkürzt (vgl. RKI, Kontaktpersonennachverfolgung bei Infektionen durch SARS-CoV-2 vom 16.11.2020, S. 4).

Die ergriffene Maßnahme ist angemessen, auch wenn damit spürbare Eingriffe in die persönliche Freiheit einhergehen. Die auf wenige Tage begrenzten Einschränkungen sind mit Rücksicht auf überwiegende öffentliche Belange, insbesondere das Interesse der Allgemeinheit, das Infektionsgeschehen und die damit einhergehenden Gefahren für die Gesundheit vieler Menschen möglichst effektiv einzu-

**Amtsblatt
für den Kreis Paderborn**

77. Jahrgang

01. Dezember

Nr. 79 / S. 5

dämmen, zumutbar. Darüber hinaus gilt es weiteren Übertragungen innerhalb von pädagogischen Einrichtungen zuvorzukommen und somit die generelle Öffnung dieser Einrichtungen und damit Bildung, Förderung sowie Fürsorge für alle Kinder nicht zu gefährden.

Zu V.

Die Anfechtungsklage hat gegen diese Allgemeinverfügung keine aufschiebende Wirkung, § 16 Abs. 8 IfSG.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Minden erhoben werden. Die Klage ist beim Verwaltungsgericht Minden (Königswall 8, 32423 Minden oder Postfach 3240, 32389 Minden) schriftlich oder dort zur Niederschrift des Urkundenbeamten der Geschäftsstelle oder durch Übertragung eines elektronischen Dokuments nach Maßgabe des § 55a der Verwaltungsgerichtsordnung –VwGO- und der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung – ERVV) vom 24.11.2017 (BGBl. S. 3803) einzureichen.

Paderborn, 01.12.2020

gez.

Christoph Rüter, Landrat

466/2020

**Allgemeinverfügung
des Kreises Paderborn
zur Absonderung in häusliche Quarantäne
zum Schutz der Bevölkerung des Kreises Paderborn vor der Verbreitung des Coronavirus
SARS- CoV- 2**

gegenüber

**den Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrern der Klasse KP-21 sowie des
Nachschreibetermins in der Mensa vom 28.11.2020 der Schule Edith-Stein-Berufskolleg des
Erzbistums Paderborn, Am Rolandsbad 4, 33102 Paderborn**

Gemäß § 28 Abs. 1 Satz 1, 30 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz – IfSG) vom 20.07.2000 (BGBl. I S. 1045), § 3 Abs. 3 Nr. 1 des Gesetzes zur Regelung besonderer Handlungsbefugnisse im Rahmen einer epidemischen Lage von nationaler oder landesweiter Tragweite und zur Festlegung der Zuständigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz (Infektionsschutz- und Befugnisgesetz –IfSBG-NRW) vom 14.04.2020 (GV. NRW. S. 218b) sowie § 35 Satz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW) vom 12.11.1999 (GV. NRW S. 602) - jeweils in der z.Zt. gültigen Fassung – erlässt der Kreis Paderborn folgende

Allgemeinverfügung

I.

Alle Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer der Klasse KP-21 sowie des Nachschreibetermins in der Mensa vom 28.11.2020 der Schule Edith-Stein-Berufskolleg des Erzbistums Paderborn, Am Rolandsbad 4, 33102 Paderborn, die im Zeitraum vom 27.11.2020 bis zum 28.11.2020 den Unterricht besucht/gestaltet haben, haben sich unverzüglich bis einschließlich 12.12.2020, 24.00 Uhr, in häusliche Absonderung zu begeben.

II.

Die unter Ziffer I. genannten Personen dürfen ihre Wohnung ohne ausdrückliche Zustimmung des Gesundheitsamtes des Kreises Paderborn während dieser Zeit nicht verlassen. Den betroffenen Personen wird außerdem untersagt, während dieser Zeit Besuch von Personen zu empfangen, die nicht ihrem Haushalt angehören.

Sollte ein Kontakt mit anderen Personen zwingend notwendig werden, so ist dies vorab mit dem Gesundheitsamt des Kreises Paderborn abzustimmen.

III.

Die unter Ziffer I. genannten Personen sind ferner verpflichtet, das Gesundheitsamt des Kreises Paderborn unverzüglich zu kontaktieren, wenn typische Symptome einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 wie Husten, Fieber, Schnupfen oder Verlust des Geruchs- und Geschmackssinns innerhalb der Zeit der Absonderung bei ihnen auftreten.

IV.

Die Anordnungen zu den Ziffern I.-III. gelten nicht für Personen, die durchgängig eine Maske getragen haben, die dem Standard einer FFP2-Maske entspricht. Ebenfalls ausgenommen sind Personen, die bereits an einem durch Labordiagnostik nachgewiesenen Coronavirus SARS- CoV- 2 erkrankt waren.

V.

Diese Allgemeinverfügung ist aufgrund von § 80 Abs. 2 Nr. 3 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vom 19.03.1991 (BGBl. I S. 686) in der jeweils gültigen Fassung i.V.m. §§ 28 Abs. 3, 16 Abs. 8 IfSG sofort vollziehbar.

VI.

Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung stellen eine Ordnungswidrigkeit gemäß § 73 Abs. 1a Nr. 6 IfSG dar, die mit einer Geldbuße geahndet werden kann.

VII.

Diese Allgemeinverfügung gilt gemäß § 41 Abs. 4 S. 3 und 4 VwVfG NRW einen Tag nach der Bekanntmachung als bekannt gegeben. Die Bekanntgabe erfolgt durch die Veröffentlichung im Amtsblatt des Kreises Paderborn.

Begründung

Zu I – III:

Diese Allgemeinverfügung dient dem Zwecke, die Ausbreitung des Coronavirus SARS- CoV- 2 einzudämmen.

Die Anordnung der häuslichen Absonderung /Quarantäne ergeht auf Grundlage der §§ 28 Abs. 1 Satz 1, 30 Abs. 1 Satz 2 IfSG in Verbindung mit den §§ 1 Abs. 1 und 3 Abs. 3 Nummer 1 des IfSBG NRW.

Gemäß § 28 Abs. 1 Satz 1 IfSG trifft die zuständige Behörde die notwendigen Schutzmaßnahmen, wenn Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige oder Ausscheider festgestellt werden, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich ist. Sie kann insbesondere Personen verpflichten, den Ort, an dem sie sich befinden, nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen zu verlassen oder von ihr bestimmte Orte oder öffentliche Orte nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen zu betreten.

Gemäß § 30 Abs. 1 Satz 2 IfSG kann bei Kranken, Krankheitsverdächtigen, Ansteckungsverdächtigen und Ausscheidern angeordnet werden, dass sie in geeigneter Weise abgesondert werden, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung der übertragbaren Krankheit notwendig ist.

Zuständige Behörde ist gemäß § 28 Abs. 1 IfSG i. V. m. § 3 Abs. 3 Nr. 1 IfSBG NRW das Gesundheitsamt des Kreises Paderborn, da ein sofortiges Tätigwerden aus Gründen der unmittelbaren Gefahrenabwehr geboten ist.

Die Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer der Klasse KP-21 sowie des Nachschreibetermins in der Mensa vom 28.11.2020 der Schule Edith-Stein-Berufskolleg des Erzbistums Paderborn, Am Rolandsbad 4, 33102 Paderborn sind ansteckungsverdächtig im Sinne des § 2 Nr. 7 IfSG.

Hierzu zählen Personen, von denen anzunehmen ist, dass sie Krankheitserreger aufgenommen haben, ohne krank, krankheitsverdächtig oder Ausscheider zu sein.

Die durch das Corona-Virus SARS-COV-2 hervorgerufenen Erkrankung ist unzweifelhaft eine übertragbare Krankheit im Sinne des § 2 Nr. 3 IfSG. Das Virus ist hochansteckend und kann durch Tröpfcheninfektion, durch die Ausscheidung von Viren in der Atemluft (Aerosole) und durch eine Schmierinfektion (auf Gegenständen) von Mensch zu Mensch übertragen werden.

Eine Aufnahme von Krankheitserregern ist anzunehmen, wenn mit hinreichender Wahrscheinlichkeit Kontakt zu einer infizierten Person oder einem infizierten Gegenstand bestand. Im Interesse eines wirksamen Infektionsschutzes sind dabei an die erforderliche Wahrscheinlichkeit nach allgemeinen Grundsätzen im Gefahrenabwehrrecht umso geringere Anforderungen zu stellen, je höher und folgenreicher der möglicherweise entstehende Schaden ist. Daher kann im Fall eines hochansteckenden Krankheitserregers, der bei einer Infektion zu einer tödlich verlaufenden Erkrankung führen kann, gegen die eine wirksame medikamentöse Therapie nicht zur Verfügung steht, auch eine vergleichsweise geringe Übertragungswahrscheinlichkeit genügen (vgl. BVerwG, Urteil vom 22.03.2012 - 3 C 16/11).

Eine Schülerin der Klasse KP-21 sowie des Nachschreibetermins in der Mensa vom 28.11.2020 der Schule Edith-Stein-Berufskolleg des Erzbistums Paderborn, Am Rolandsbad 4, 33102 Paderborn ist am 29.11.2020 positiv auf das Coronavirus SARS-CoV 2 getestet worden. Die Betroffenen haben sich im infektiösen Zeitintervall über einen längeren Zeitraum mit der infizierten Person in einem Klassenraum befunden. Nach den Informationen des Robert-Koch-Institutes beginnt das infektiöse Zeitintervall zwei Tage vor Symptombeginn. Der letzte Schulbesuch der Indexperson erfolgte am 28.11.2020.

Die Kontaktsituation im Einzelnen ist schwer zu überblicken, etwaige Abstandsregelungen sind schwer zu kontrollieren. Darüber hinaus kann das Ausgesetztsein einer Einzelperson zu im Raum möglicherweise schwebenden infektiösen Partikeln auch durch etwaige Alltagsmasken kaum gemindert werden, da die Aerosole an der Maske vorbei eingeatmet werden.

Die vorgenannten Betroffenen sind aufgrund der aktuellen RKI-Empfehlungen - vgl. RKI, Kontaktpersonennachverfolgung bei Infektionen durch SARS-CoV-2, Stand 16.11.2020 – optional als „Kontaktperson der Kategorie I“ mit einem höheren Infektionsrisiko einzustufen.

Das RKI ist in § 4 IfSG als die Stelle benannt, die die wissenschaftlichen Grundlagen für Entscheidungen des Gesetzgebers und der Exekutive im Bereich des Infektionsschutzes, insbesondere bei der Verhinderung einer Weiterverbreitung übertragbarer Erkrankungen, liefert. Seinen Empfehlungen kommt daher bei der Auswahl angezeigter Schutzmaßnahmen maßgebliche Bedeutung zu.

Für Kontaktpersonen der Kategorie I mit höherem Infektionsrisiko empfiehlt es die häusliche Absonderung bei gleichzeitiger zeitlicher und räumlicher Trennung von anderen Haushaltsmitgliedern.

Die Absonderungsanordnung ist auch verhältnismäßig.

An der Eignung der Quarantäne eine Weiterverbreitung der Infektion einzudämmen, besteht kein Zweifel.

Es sind keine mildereren Mittel verfügbar, die sich eindeutig als gleich geeignet erweisen. Insbesondere stellt das RKI klar, dass negative Testergebnisse einer Kontaktperson der Kategorie I das Gesundheitsmonitoring nicht ersetzt und die Quarantänezeit nicht verkürzt (vgl. RKI, Kontaktpersonennachverfolgung bei Infektionen durch SARS-CoV-2 vom 16.11.2020, S. 4).

Die ergriffene Maßnahme ist angemessen, auch wenn damit spürbare Eingriffe in die persönliche Freiheit einhergehen. Die auf wenige Tage begrenzten Einschränkungen sind mit Rücksicht auf überwiegende öffentliche Belange, insbesondere das Interesse der Allgemeinheit, das Infektionsgeschehen und die damit einhergehenden Gefahren für die Gesundheit vieler Menschen möglichst effektiv einzudämmen, zumutbar. Darüber hinaus gilt es weiteren Übertragungen innerhalb von Schulen zuvorzukommen und somit die generelle Öffnung schulischer Einrichtungen und damit Bildung, Förderung sowie Fürsorge für alle Schüler/innen nicht zu gefährden.

Zu V.

Die Anfechtungsklage hat gegen diese Allgemeinverfügung keine aufschiebende Wirkung, § 16 Abs. 8 IfSG.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Minden erhoben werden. Die Klage ist beim Verwaltungsgericht Minden (Königswall 8, 32423 Minden oder Postfach 3240, 32389 Minden) schriftlich oder dort zur Niederschrift des Urkundenbeamten der Geschäftsstelle oder durch Übertragung eines elektronischen Dokuments nach Maßgabe des § 55a der Verwaltungsgerichtsordnung –VwGO- und der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung – ERVV) vom 24.11.2017 (BGBl. S. 3803) einzureichen.

Paderborn, 01.12.2020

gez.

Christoph Rüter, Landrat

467/2020

**Allgemeinverfügung
des Kreises Paderborn
zur Absonderung in häusliche Quarantäne
zum Schutz der Bevölkerung des Kreises Paderborn vor der Verbreitung des Coronavirus
SARS- CoV- 2**

gegenüber

**den Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrern der Klasse 4C der Schule
Concordiaschule Bad Lippspringe, Triftstraße 5, 33175 Bad Lippspringe**

Gemäß § 28 Abs. 1 Satz 1, 30 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz – IfSG) vom 20.07.2000 (BGBl. I S. 1045), § 3 Abs. 3 Nr. 1 des Gesetzes zur Regelung besonderer Handlungsbefugnisse im Rahmen einer epidemischen Lage von nationaler oder landesweiter Tragweite und zur Festlegung der Zuständigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz (Infektionsschutz- und Befugnisgesetz –IfSBG-NRW) vom 14.04.2020 (GV. NRW. S. 218b) sowie § 35 Satz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW) vom 12.11.1999 (GV. NRW S. 602) - jeweils in der z.Zt. gültigen Fassung – erlässt der Kreis Paderborn folgende

Allgemeinverfügung

I.

Alle Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer der Klasse 4C der Schule Concordiaschule Bad Lippspringe, Triftstraße 5, 33175 Bad Lippspringe, die im Zeitraum vom 26.11.2020 bis zum 27.11.2020 den Unterricht besucht/gestaltet haben, haben sich unverzüglich bis einschließlich 11.12.2020, 24.00 Uhr, in häusliche Absonderung zu begeben.

II.

Die unter Ziffer I. genannten Personen dürfen ihre Wohnung ohne ausdrückliche Zustimmung des Gesundheitsamtes des Kreises Paderborn während dieser Zeit nicht verlassen. Den betroffenen Personen wird außerdem untersagt, während dieser Zeit Besuch von Personen zu empfangen, die nicht ihrem Haushalt angehören.

Sollte ein Kontakt mit anderen Personen zwingend notwendig werden, so ist dies vorab mit dem Gesundheitsamt des Kreises Paderborn abzustimmen.

III.

Die unter Ziffer I. genannten Personen sind ferner verpflichtet, das Gesundheitsamt des Kreises Paderborn unverzüglich zu kontaktieren, wenn typische Symptome einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 wie Husten, Fieber, Schnupfen oder Verlust des Geruchs- und Geschmackssinns innerhalb der Zeit der Absonderung bei ihnen auftreten.

IV.

Die Anordnungen zu den Ziffern I.-III. gelten nicht für Personen, die durchgängig eine Maske getragen haben, die dem Standard einer FFP2-Maske entspricht. Ebenfalls ausgenommen sind Personen, die bereits an einem durch Labordiagnostik nachgewiesenen Coronavirus SARS- CoV- 2 erkrankt waren.

V.

Diese Allgemeinverfügung ist aufgrund von § 80 Abs. 2 Nr. 3 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vom 19.03.1991 (BGBl. I S. 686) in der jeweils gültigen Fassung i.V.m. §§ 28 Abs. 3, 16 Abs. 8 IfSG sofort vollziehbar.

VI.

Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung stellen eine Ordnungswidrigkeit gemäß § 73 Abs. 1a Nr. 6 IfSG dar, die mit einer Geldbuße geahndet werden kann.

VII.

Diese Allgemeinverfügung gilt gemäß § 41 Abs. 4 S. 3 und 4 VwVfG NRW einen Tag nach der Bekanntmachung als bekannt gegeben. Die Bekanntgabe erfolgt durch die Veröffentlichung im Amtsblatt des Kreises Paderborn.

Begründung

Zu I – III:

Diese Allgemeinverfügung dient dem Zwecke, die Ausbreitung des Coronavirus SARS- CoV- 2 einzudämmen.

Die Anordnung der häuslichen Absonderung /Quarantäne ergeht auf Grundlage der §§ 28 Abs. 1 Satz 1, 30 Abs. 1 Satz 2 IfSG in Verbindung mit den §§ 1 Abs. 1 und 3 Abs. 3 Nummer 1 des IfSBG NRW.

Gemäß § 28 Abs. 1 Satz 1 IfSG trifft die zuständige Behörde die notwendigen Schutzmaßnahmen, wenn Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige oder Ausscheider festgestellt werden, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich ist. Sie kann insbesondere Personen verpflichten, den Ort, an dem sie sich befinden, nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen zu verlassen oder von ihr bestimmte Orte oder öffentliche Orte nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen zu betreten.

Gemäß § 30 Abs. 1 Satz 2 IfSG kann bei Kranken, Krankheitsverdächtigen, Ansteckungsverdächtigen und Ausscheidern angeordnet werden, dass sie in geeigneter Weise abgesondert werden, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung der übertragbaren Krankheit notwendig ist.

Zuständige Behörde ist gemäß § 28 Abs. 1 IfSG i. V. m. § 3 Abs. 3 Nr. 1 IfSBG NRW das Gesundheitsamt des Kreises Paderborn, da ein sofortiges Tätigwerden aus Gründen der unmittelbaren Gefahrenabwehr geboten ist.

Die Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer der Klasse 4C der Schule Concordia- schule Bad Lippspringe, Triftstraße 5, 33175 Bad Lippspringe sind ansteckungsverdächtig im Sinne des § 2 Nr. 7 IfSG. Hierzu zählen Personen, von denen anzunehmen ist, dass sie Krankheitserreger aufgenommen haben, ohne krank, krankheitsverdächtig oder Ausscheider zu sein.

Die durch das Corona-Virus SARS-COV-2 hervorgerufenen Erkrankung ist unzweifelhaft eine übertragbare Krankheit im Sinne des § 2 Nr. 3 IfSG. Das Virus ist hochansteckend und kann durch Tröpfcheninfektion, durch die Ausscheidung von Viren in der Atemluft (Aerosole) und durch eine Schmierinfektion (auf Gegenständen) von Mensch zu Mensch übertragen werden.

Eine Aufnahme von Krankheitserregern ist anzunehmen, wenn mit hinreichender Wahrscheinlichkeit Kontakt zu einer infizierten Person oder einem infizierten Gegenstand bestand. Im Interesse eines wirksamen Infektionsschutzes sind dabei an die erforderliche Wahrscheinlichkeit nach allgemeinen Grundsätzen im Gefahrenabwehrrecht umso geringere Anforderungen zu stellen, je höher und folgenreicher der möglicherweise entstehende Schaden ist. Daher kann im Fall eines hochansteckenden Krankheitserregers, der bei einer Infektion zu einer tödlich verlaufenden Erkrankung führen kann, gegen die eine wirksame medikamentöse Therapie nicht zur Verfügung steht, auch eine vergleichsweise geringe Übertragungswahrscheinlichkeit genügen (vgl. BVerwG, Urteil vom 22.03.2012 - 3 C 16/11).

Eine Schülerin der Klasse 4C der Schule Concordiaschule Bad Lippspringe, Triftstraße 5, 33175 Bad Lippspringe ist am 30.11.2020 positiv auf das Coronavirus SARS-CoV 2 getestet worden. Die Betroffenen haben sich im infektiösen Zeitintervall über einen längeren Zeitraum mit der infizierten Person in einem Klassenraum befunden. Nach den Informationen des Robert-Koch-Institutes beginnt das infektiöse Zeitintervall zwei Tage vor Symptombeginn. Im vorliegenden Fall traten die ersten Symptome beim Indexfall am 28.11.2020 auf. Der letzte Einrichtungsbesuch der Indexperson erfolgte ebenfalls am 27.11.2020.

Die Kontaktsituation im Einzelnen ist schwer zu überblicken, etwaige Abstandsregelungen sind schwer zu kontrollieren. Darüber hinaus kann das Ausgesetztsein einer Einzelperson zu im Raum möglicherweise schwebenden infektiösen Partikeln auch durch etwaige Alltagsmasken kaum gemindert werden, da die Aerosole an der Maske vorbei eingeatmet werden.

Die vorgenannten Betroffenen sind aufgrund der aktuellen RKI-Empfehlungen - vgl. RKI, Kontaktpersonennachverfolgung bei Infektionen durch SARS-CoV-2, Stand 16.11.2020 – optional als „Kontaktperson der Kategorie I“ mit einem höheren Infektionsrisiko einzustufen.

Das RKI ist in § 4 IfSG als die Stelle benannt, die die wissenschaftlichen Grundlagen für Entscheidungen des Gesetzgebers und der Exekutive im Bereich des Infektionsschutzes, insbesondere bei der Verhinderung einer Weiterverbreitung übertragbarer Erkrankungen, liefert. Seinen Empfehlungen kommt daher bei der Auswahl angezeigter Schutzmaßnahmen maßgebliche Bedeutung zu.

Für Kontaktpersonen der Kategorie I mit höherem Infektionsrisiko empfiehlt es die häusliche Absonderung bei gleichzeitiger zeitlicher und räumlicher Trennung von anderen Haushaltsmitgliedern.

Die Absonderungsanordnung ist auch verhältnismäßig.

An der Eignung der Quarantäne eine Weiterverbreitung der Infektion einzudämmen, besteht kein Zweifel.

Es sind keine milderen Mittel verfügbar, die sich eindeutig als gleich geeignet erweisen. Insbesondere stellt das RKI klar, dass negative Testergebnisse einer Kontaktperson der Kategorie I das Gesundheitsmonitoring nicht ersetzt und die Quarantänezeit nicht verkürzt (vgl. RKI, Kontaktpersonennachverfolgung bei Infektionen durch SARS-CoV-2 vom 16.11.2020, S. 4).

Die ergriffene Maßnahme ist angemessen, auch wenn damit spürbare Eingriffe in die persönliche Freiheit einhergehen. Die auf wenige Tage begrenzten Einschränkungen sind mit Rücksicht auf überwiegende öffentliche Belange, insbesondere das Interesse der Allgemeinheit, das Infektionsgeschehen

und die damit einhergehenden Gefahren für die Gesundheit vieler Menschen möglichst effektiv einzudämmen, zumutbar. Darüber hinaus gilt es weiteren Übertragungen innerhalb von Schulen zuvorzukommen und somit die generelle Öffnung schulischer Einrichtungen und damit Bildung, Förderung sowie Fürsorge für alle Schüler/innen nicht zu gefährden.

Zu V.

Die Anfechtungsklage hat gegen diese Allgemeinverfügung keine aufschiebende Wirkung, § 16 Abs. 8 IfSG.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Minden erhoben werden. Die Klage ist beim Verwaltungsgericht Minden (Königswall 8, 32423 Minden oder Postfach 3240, 32389 Minden) schriftlich oder dort zur Niederschrift des Urkundenbeamten der Geschäftsstelle oder durch Übertragung eines elektronischen Dokuments nach Maßgabe des § 55a der Verwaltungsgerichtsordnung –VwGO- und der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung – ERVV) vom 24.11.2017 (BGBl. S. 3803) einzureichen.

Paderborn, 01.12.2020

gez.

Christoph Rüter, Landrat

468/2020

**Allgemeinverfügung
des Kreises Paderborn
zur Absonderung in häusliche Quarantäne
zum Schutz der Bevölkerung des Kreises Paderborn vor der Verbreitung des Coronavirus
SARS- CoV- 2**

gegenüber

**den Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrern der Klasse HB 19a sowie den
an dem Kurs „Praktische Philosophie“ teilnehmende Schülerinnen und Schülern sowie Lehre-
rinnen und Lehrer der Klasse HO 19a der Schule Berufskolleg Schloß Neuhaus, An der Kapelle
2, 33104 Paderborn**

Gemäß § 28 Abs. 1 Satz 1, 30 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz – IfSG) vom 20.07.2000 (BGBl. I S. 1045), § 3 Abs. 3 Nr. 1 des Gesetzes zur Regelung besonderer Handlungsbefugnisse im Rahmen einer epidemischen Lage von nationaler oder landesweiter Tragweite und zur Festlegung der Zuständigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz (Infektionsschutz- und Befugnisgesetz –IfSBG-NRW) vom 14.04.2020 (GV. NRW. S. 218b) sowie § 35 Satz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW) vom 12.11.1999 (GV. NRW S. 602) - jeweils in der z.Zt. gültigen Fassung – erlässt der Kreis Paderborn folgende

Allgemeinverfügung

I.

Alle Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer der Klasse HB 19a sowie die an dem Kurs „Praktische Philosophie“ teilnehmende Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrer der Klasse HO 19a des Berufskollegs Schloß Neuhaus, An der Kapelle 2, 33104 Paderborn, die im Zeitraum vom 23.11.2020 bis zum 25.11.2020 den Unterricht/Kurs besucht/gestaltet haben, haben sich unverzüglich bis einschließlich 09.12.2020, 24.00 Uhr, in häusliche Absonderung zu begeben.

II.

Die unter Ziffer I. genannten Personen dürfen ihre Wohnung ohne ausdrückliche Zustimmung des Gesundheitsamtes des Kreises Paderborn während dieser Zeit nicht verlassen. Den betroffenen Personen wird außerdem untersagt, während dieser Zeit Besuch von Personen zu empfangen, die nicht ihrem Haushalt angehören.

Sollte ein Kontakt mit anderen Personen zwingend notwendig werden, so ist dies vorab mit dem Gesundheitsamt des Kreises Paderborn abzustimmen.

III.

Die unter Ziffer I. genannten Personen sind ferner verpflichtet, das Gesundheitsamt des Kreises Paderborn unverzüglich zu kontaktieren, wenn typische Symptome einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 wie Husten, Fieber, Schnupfen oder Verlust des Geruchs- und Geschmackssinns innerhalb der Zeit der Absonderung bei ihnen auftreten.

IV.

Die Anordnungen zu den Ziffern I.-III. gelten nicht für Personen, die durchgängig eine Maske getragen haben, die dem Standard einer FFP2-Maske entspricht. Ebenfalls ausgenommen sind Personen, die bereits an einem durch Labordiagnostik nachgewiesenen Coronavirus SARS- CoV- 2 erkrankt waren.

V.

Diese Allgemeinverfügung ist aufgrund von § 80 Abs. 2 Nr. 3 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vom 19.03.1991 (BGBl. I S. 686) in der jeweils gültigen Fassung i.V.m. §§ 28 Abs. 3, 16 Abs. 8 IfSG sofort vollziehbar.

VI.

Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung stellen eine Ordnungswidrigkeit gemäß § 73 Abs. 1a Nr. 6 IfSG dar, die mit einer Geldbuße geahndet werden kann.

VII.

Diese Allgemeinverfügung gilt gemäß § 41 Abs. 4 S. 3 und 4 VwVfG NRW einen Tag nach der Bekanntmachung als bekannt gegeben. Die Bekanntgabe erfolgt durch die Veröffentlichung im Amtsblatt des Kreises Paderborn.

Begründung

Zu I – III:

Diese Allgemeinverfügung dient dem Zwecke, die Ausbreitung des Coronavirus SARS- CoV- 2 einzudämmen.

Die Anordnung der häuslichen Absonderung /Quarantäne ergeht auf Grundlage der §§ 28 Abs. 1 Satz 1, 30 Abs. 1 Satz 2 IfSG in Verbindung mit den §§ 1 Abs. 1 und 3 Abs. 3 Nummer 1 des IfSBG NRW.

Gemäß § 28 Abs. 1 Satz 1 IfSG trifft die zuständige Behörde die notwendigen Schutzmaßnahmen, wenn Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige oder Ausscheider festgestellt werden, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich ist. Sie kann insbesondere Personen verpflichten, den Ort, an dem sie sich befinden, nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen zu verlassen oder von ihr bestimmte Orte oder öffentliche Orte nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen zu betreten.

Gemäß § 30 Abs. 1 Satz 2 IfSG kann bei Kranken, Krankheitsverdächtigen, Ansteckungsverdächtigen und Ausscheidern angeordnet werden, dass sie in geeigneter Weise abgesondert werden, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung der übertragbaren Krankheit notwendig ist.

Zuständige Behörde ist gemäß § 28 Abs. 1 IfSG i. V. m. § 3 Abs. 3 Nr. 1 IfSBG NRW das Gesundheitsamt des Kreises Paderborn, da ein sofortiges Tätigwerden aus Gründen der unmittelbaren Gefahrenabwehr geboten ist.

Die Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer der Klasse HB 19a sowie die an dem Kurs „Praktische Philosophie“ teilnehmende Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrer der Klasse HO 19a des Berufskollegs Schloß Neuhaus, An der Kapelle 2, 33104 Paderborn, sind ansteckungsverdächtig im Sinne des § 2 Nr. 7 IfSG. Hierzu zählen Personen, von denen anzunehmen ist, dass sie Krankheitserreger aufgenommen haben, ohne krank, krankheitsverdächtig oder Ausscheider zu sein.

Die durch das Corona-Virus SARS-COV-2 hervorgerufenen Erkrankung ist unzweifelhaft eine übertragbare Krankheit im Sinne des § 2 Nr. 3 IfSG. Das Virus ist hochansteckend und kann durch Tröpfcheninfektion, durch die Ausscheidung von Viren in der Atemluft (Aerosole) und durch eine Schmierinfektion (auf Gegenständen) von Mensch zu Mensch übertragen werden.

Eine Aufnahme von Krankheitserregern ist anzunehmen, wenn mit hinreichender Wahrscheinlichkeit Kontakt zu einer infizierten Person oder einem infizierten Gegenstand bestand. Im Interesse eines wirksamen Infektionsschutzes sind dabei an die erforderliche Wahrscheinlichkeit nach allgemeinen Grundsätzen im Gefahrenabwehrrecht umso geringere Anforderungen zu stellen, je höher und folgenreicher der möglicherweise entstehende Schaden ist. Daher kann im Fall eines hochansteckenden Krankheitserregers, der bei einer Infektion zu einer tödlich verlaufenden Erkrankung führen kann, gegen die eine wirksame medikamentöse Therapie nicht zur Verfügung steht, auch eine vergleichsweise geringe Übertragungswahrscheinlichkeit genügen (vgl. BVerwG, Urteil vom 22.03.2012 - 3 C 16/11).

Eine Schülerin der Klasse HB 19 a sowie des Kurses „Praktische Philosophie“ des Berufskollegs Schloß Neuhaus, An der Kapelle 2, 33104 Paderborn, ist am 27.11.2020 positiv auf das Coronavirus SARS-CoV 2 getestet worden. Die Betroffenen haben sich im infektiösen Zeitintervall über einen längeren Zeitraum mit der infizierten Person in einem Klassenraum befunden. Nach den Informationen des Robert-Koch-Institutes beginnt das infektiöse Zeitintervall zwei Tage vor Symptombeginn. Im vorliegenden Fall traten die ersten Symptome beim Indexfall am 25.11.2020 auf. Der letzte Schulbesuch der Indexperson erfolgte ebenfalls am 25.11.2020.

Die Kontaktsituation im Einzelnen ist schwer zu überblicken, etwaige Abstandsregelungen sind schwer zu kontrollieren. Darüber hinaus kann das Ausgesetztsein einer Einzelperson zu im Raum möglicherweise schwebenden infektiösen Partikeln auch durch etwaige Alltagsmasken kaum gemindert werden, da die Aerosole an der Maske vorbei eingeatmet werden.

Die vorgenannten Betroffenen sind aufgrund der aktuellen RKI-Empfehlungen - vgl. RKI, Kontaktpersonennachverfolgung bei Infektionen durch SARS-CoV-2, Stand 16.11.2020 – optional als „Kontaktperson der Kategorie I“ mit einem höheren Infektionsrisiko einzustufen.

Das RKI ist in § 4 IfSG als die Stelle benannt, die die wissenschaftlichen Grundlagen für Entscheidungen des Gesetzgebers und der Exekutive im Bereich des Infektionsschutzes, insbesondere bei der Verhinderung einer Weiterverbreitung übertragbarer Erkrankungen, liefert. Seinen Empfehlungen kommt daher bei der Auswahl angezeigter Schutzmaßnahmen maßgebliche Bedeutung zu.

Für Kontaktpersonen der Kategorie I mit höherem Infektionsrisiko empfiehlt es die häusliche Absonderung bei gleichzeitiger zeitlicher und räumlicher Trennung von anderen Haushaltsmitgliedern.

Die Absonderungsanordnung ist auch verhältnismäßig.

An der Eignung der Quarantäne eine Weiterverbreitung der Infektion einzudämmen, besteht kein Zweifel.

Es sind keine milderen Mittel verfügbar, die sich eindeutig als gleich geeignet erweisen. Insbesondere stellt das RKI klar, dass negative Testergebnisse einer Kontaktperson der Kategorie I das Gesundheitsmonitoring nicht ersetzt und die Quarantänezeit nicht verkürzt (vgl. RKI, Kontaktpersonennachverfolgung bei Infektionen durch SARS-CoV-2 vom 16.11.2020, S. 4).

Die ergriffene Maßnahme ist angemessen, auch wenn damit spürbare Eingriffe in die persönliche Freiheit einhergehen. Die auf wenige Tage begrenzten Einschränkungen sind mit Rücksicht auf überwiegende öffentliche Belange, insbesondere das Interesse der Allgemeinheit, das Infektionsgeschehen

und die damit einhergehenden Gefahren für die Gesundheit vieler Menschen möglichst effektiv einzudämmen, zumutbar. Darüber hinaus gilt es weiteren Übertragungen innerhalb von Schulen zuvorzukommen und somit die generelle Öffnung schulischer Einrichtungen und damit Bildung, Förderung sowie Fürsorge für alle Schüler/innen nicht zu gefährden.

Zu V.

Die Anfechtungsklage hat gegen diese Allgemeinverfügung keine aufschiebende Wirkung, § 16 Abs. 8 IfSG.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Minden erhoben werden. Die Klage ist beim Verwaltungsgericht Minden (Königswall 8, 32423 Minden oder Postfach 3240, 32389 Minden) schriftlich oder dort zur Niederschrift des Urkundenbeamten der Geschäftsstelle oder durch Übertragung eines elektronischen Dokuments nach Maßgabe des § 55a der Verwaltungsgerichtsordnung –VwGO- und der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung – ERVV) vom 24.11.2017 (BGBl. S. 3803) einzureichen.

Paderborn, 01.12.2020

gez.

Christoph Rüter, Landrat